

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

26.10.1921 (No. 250)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Jahrespreis:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortl.
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Zeugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kaszentrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung zwangsweiser Weigerung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böser Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Ämtlicher Teil.

Die Preisprüfungsstellen.

** Die Wucherabteilung des Landespreisausschusses ist mit dem 1. Oktober d. J. endgültig in Wegfall gekommen. Die Geschäfte der Preisprüfung und Preisüberwachung werden künftighin vom statistischen Landesamt — Abteilung Landespreisausschuss — wahrgenommen. Diese Stelle wird sich in erster Linie mit Preisermittlung, Preisbeobachtung und Preisvergleichung, sowie mit der Feststellung und Aufklärung besonders wichtiger Preisvergänge u. Preisbewegungen befassen. Die eigentliche Wucherbekämpfung dagegen obliegt von jetzt ab wieder den Staatsanwaltschaften.

Die Vorsitzenden, die Geschäftsführer und die Mitglieder der Preisprüfungsstellen sollen jedoch fortlaufend die Preisbildung und Preisbewegung bei sämtlichen Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beobachten; sie sollen aufläuternd, ausgleichend und vorbeugend arbeiten, sowie jeberzeit Beschwerden entgegennehmen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Lebensmittel, sondern auch bezüglich der Web-, Woll-, Strickwaren, Schuhwaren, Haushaltungsgegenstände, Futters- und Düngemittel, landwirtschaftlichen Geräte usw. In vielen Fällen wird sich durch Vermittlung der Preisprüfungsstellen eine gütliche Einigung zwischen Verkäufer und Käufer erzielen lassen.

In trassen Fällen hat die Preisprüfungsstelle zwecks Einleitung eines Strafverfahrens der zuständigen Staatsanwaltschaft Mitteilung von dem Vorgang zu machen. Strafbare Handlungen sind: übermäßiger Gewinn, Wettendel, unerlaubter Handel, Anreiz zur Preistreiberi, Wuchererwerb (z. B. bei Brot und Kohlen), Nahrungsmittelverfälschung, Schmuggel usw. Ferner haben die Preisprüfungsstellen darüber zu wachen, daß die Preisverzeichnisse — insbesondere in den Wädeläden und Webgereien — angebracht werden.

Reform der Besoldungsordnung.

In einer dieser Tage stattgehabten Wahlversammlung teilte Finanzminister Köhler H. A. Boeh. mit, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Länder über eine grundsätzliche Reform der neuen Besoldungsordnung vor dem Abschluß stünden. Der ständig weiter fallende Geldwert habe eine Nachprüfung der Einkommensbezüge der Beamten zur unabdingbaren Notwendigkeit gemacht. Die Not der Beamenschaft sei erschreckend groß und zwar durchgehend von den unteren bis in die oberen Besoldungsgruppen. Man solle sich in anderen Berufskreisen darüber ja keiner Täuschung hingeben, denn in vielen Fällen wohne hinter einer scheinbar noch guten Fassade das graue Elend. Um diesen auf die Dauer unerträglichen und den Bestand des Staates schmerzgefährdenden Zuständen abzuhelfen, sei es die Pflicht, die Grundzüge über die Besoldung der Beamten grundlegend zu ändern und zwar unter dem Gesichtswinkel einer Reformmaßnahme. Der zu einer unnatürlichen Höhe gesteigerte und fast die Hälfte des Einkommens eines Beamten ausmachende Teuerungszuschlag solle abgeändert werden. Dafür sei aber eine namhafte Erhöhung der Grundgehälter aller Besoldungsgruppen in Aussicht genommen. Der Teuerungszuschlag aus diesen neuen Grundgehältern solle dann ein einheitlicher für alle Ortsklassen sein. Der Ortszuschlag, das Schmerzenskind der neuen Besoldungsordnung, soll vollständig umgebaut und die Spannungen zwischen den einzelnen Ortsklassen sollen möglichst beseitigt werden. Die Kinderzuschläge sollen eine wesentliche Erhöhung erfahren. Ortszuschlag und Kinderzuschlag sollen denselben — gegen bisher wesentlich ermäßigten — Teuerungszuschlag erhalten, wie der Grundgehalt.

Die badische Regierung, die seit Wochen mit dem Reich verhandelt, habe in den in der letzten Woche stattgehabten Verhandlungen dem Grundgedanken der Reform durchaus zugestimmt. Sie sei auch damit einverstanden gewesen, daß bei dem jetzigen Umbau der Besoldungsordnung eine bessere Bewertung der qualifizierten Arbeit eintrete; sie habe jedoch entschieden ihrer ganzen bisherigen Stellungnahme verkannt, daß dieser höheren Bewertung auf der anderen Seite die Gewährung eines Mindesteinkommens in den unteren Besoldungsgruppen unbedingt gegenübergestellt werden müsse. Diejenigen Besoldungsgruppen, die die großen Massen der Beamten enthalten, müßten derartig ausgestaltet werden, daß diese Beamten auch das erhalten, was zur Lebenshaltung notwendig ist. Den Familien mit Kindern müsse in umfangreicherer Weise, als dies bisher geschehen sei, geholfen werden. Die Absicht, die Bestimmungen über den Ortszuschlag umzuändern, habe die badische Regierung sehr begrüßt. Sie habe auch beantragt, nur 3 Ortsklassen zu schaffen und die Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen möglichst zusammenzubringen, da die Teuerungszuschläge im ganzen Reich außerordentlich unterschiedlich wären.

Was für die aktiven Beamten gelte, das habe er recht Bedenken für die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen. Die Bezüge dieser Beamten sollen deshalb zusammen mit der Änderung der Besoldungsordnung für die aktiven Beamten erhöht werden und zwar dadurch, daß die Grundlage der neuen Besoldungsordnung auch auf die Berechnung der Ruhegehälter usw., der jetzigen Pensionäre und Beamtenhinterbliebenen Anwendung fände. Hand in Hand damit müsse natürlich auch wie vor das Bestreben gehen, für die rückliegende Zeit den Pensionären die Erhöhung des Teuerungszuschlags,

und soweit erforderlich, die Möglichkeit des Einrückens in Aufstufungsstellen zu erreichen.

Die Reform werde sich endlich auch auf die Bezüge der außerplanmäßigen Beamten erstrecken, denn auch bei diesen sei eine Erhöhung der bisherigen Bezüge unbedingt erforderlich, um ihnen das zum Leben absolut Notwendige geben zu können. Das Inkrafttreten der neuen Besoldungsordnung sei auf 1. Januar 1922 in Aussicht genommen. Da die Beamtenbesoldung aber in der allerersten Zeit schon Warmittel in die Hand bekommen müsse, beschloß man, für November und Dezember Pauschalbeträge an die Beamtenbesoldung auszugeben. Die ganze parlamentarische Behandlung der Reform solle beschleunigt werden, um möglichst rasch zur Entscheidung zu kommen. Auch von diesem Gesichtspunkte aus sei die Kabinetskrisis, die jetzt hauptsächlich aus parteipolitischen Motiven heraufbeschworen worden sei, außerordentlich zu bedauern. Die Verzögerung, die dadurch entstehe, sei für die Beamtenbesoldung sehr schmerzhaft.

Der Minister erklärte weiterhin, daß selbstverständlich die badische Regierung sich für die badischen Beamten dem anschließenden werde, was das Reich für seine Beamten bewillige. Baden habe in den Berliner Verhandlungen aber zum Ausdruck gebracht, daß es dabei den bisher begangenen Weg, daß nämlich das Reich den Ländern die Mehrkosten erstreckt, nicht mehr für angängig erachte. Eine derartige Quotationspolitik sei unter allen Umständen abzulehnen. Sie mache die Länder zu Kostenträgern des Reiches und höhle ihre Selbstständigkeit nach und nach vollständig aus. Außerdem gehe es auf die Dauer nicht mehr an, daß die Gemeindeverwaltungen leer ausgehen. Der einzig richtige Weg müsse der sein, daß den Ländern und Gemeinden erhöhte Anteile an den Reichsteuern zugewilligt würden.

Kommunalpolit. Rundschau.

Sterblichkeit und Gesundheitsverhältnisse.

Von Dr. Schöppen, Düsseldorf.

Der Umfang der Sterblichkeit einer Gemeinde wird durch die Sterblichkeitsziffer ausgedrückt. Diese ist bekanntlich das Verhältnis der Todesfälle, bezogen auf die Zahl der in der Gemeinde gleichzeitig Lebenden. Gewöhnlich werden dabei die Todesfälle aufs Tausend oder Bestmündigen der Lebenden berechnet. Die Gesundheitsverhältnisse sind im allgemeinen letzten Endes das Ausmaß der Gesundheitspflege. Diese bezieht die Verminderung der Krankheitsursachen und die Verbesserung der für das physische Leben der Bevölkerung wichtigen Verhältnisse.

Es ist nun ein weitverbreiteter Irrtum, daß diese Sterblichkeitsziffer lediglich ein Maßstab für Gesundheitsverhältnisse ist. Wie oft liegt man nicht, daß die Stadt als eine der gesündesten angesehen ist, weil in ihr im Vergleich zu anderen die Sterblichkeit sehr gering ist; daß jedoch eine andere, weil sie eine hohe Sterblichkeit aufweist, dem Kreis der Städte einzureihen ist, in denen die Gesundheitsverhältnisse mehr als zu wünschen übrig lassen. Diese irrige Ansicht wird dadurch, daß sie sich immer und immer wieder findet, um kein Atom wahrer. Daß die Sterblichkeitsverhältnisse nicht ohne weiteres die Gesundheitsverhältnisse eines Gemeinwesens widerspiegeln, dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Einige davon seien nachfolgend angeführt.

Als ein geeigneter Maßstab für die Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse käme vor allem die Zahl der Erkrankungsfälle oder die Erkrankungsintensität der Bevölkerung in Frage, obwohl auch hierfür noch Einschränkungen zu machen wären, die jedoch übergegangen werden sollen. Eine Gleichsetzung der Sterblichkeitsziffer mit der Erkrankungsintensität ist nun aber, so oft sie auch vorgenommen wird, nicht angängig. Denn die allgemeine Sterblichkeit läßt keinen Rückschluß auf die Erkrankungsintensität zu. Und zwar einmal deshalb, weil die einzelnen Krankheiten im allgemeinen schon eine verschiedenen hohen Sterblichkeit haben, sodann aber, weil selbst jede einzelne Krankheit recht unterschiedlich aufzutreten und somit auch anders zu verlaufen pflegt, ohne daß die Gesundheitsverhältnisse dafür Verschiedenheiten sind mannigfaltig. Um einige zu nennen: Die klimatischen Verhältnisse, die von Einfluß sein können, sind örtlich hier andere als dort. Ferner spielt der Grad der Wohlhabenheit und der Armut der Bevölkerung dabei eine gewisse Rolle. Auch die vorwiegend vorherrschenden Berufsarten der Bevölkerung haben einen Einfluß auf die Höhe der Sterblichkeit. Das alles sind Gründe, die dem entgegenstehen, die Sterblichkeit als vergleichenden Maßstab für Gesundheitsverhältnisse zu wählen. Es gibt deren jedoch noch weitere! Auf drei von ihnen, die sich besonders auf die Berechnung der Sterblichkeitsziffer beziehen, sei im folgenden näher eingegangen.

Der Berechnung der Sterblichkeitsziffer wird die Gesamtzahl der Todesfälle in einem gewissen Zeitraum zugrunde gelegt. Es werden demnach alle Todesfälle herangezogen, also auch die Selbstmordfälle, die Fälle von Mord und Totschlag; dann noch die Fälle von Verunglückung mit tödlichem Ausgang mit ihren verschiedenen Unterarten, wie Verletzungen, Verbrennungen, Vergiftungen, Ertrinken, Sturz, Herabfallen usw. Die Gesamtzahl dieser Todesfälle ist nun aber keineswegs gering. Im Jahre 1918 sind in rund 270 deutschen Städten nicht weniger als 14 000 Personen auf diese Weise zu Tode gekommen, ungerchnet der ungeheuren Verluste der im Krieg durch gewaltsame Einwirkungen gefallenen Personen. Und für das Jahr 1917 ist die gleiche Zahl für ganz Preußen auf mehr als 20 000 anzugeben. Diese gewaltigen Zahlen sind natürlich mit tödlichem Ausgang treiben natürlich die Sterblichkeitsziffer in die Höhe. Das wird dort, wo all die angezogenen Todesursachen

nur für eine verhältnismäßige geringe Zahl von Personen in Frage kommen, auch nur in geringem Maße der Fall sein; andererseits, wo die Verhältnisse zufällig günstiger liegen, jedoch in höherem Maße. Wie ohne weiteres ersichtlich, haben nun aber diese Todesursachen mit den eigentlichen Gesundheitsverhältnissen rein gar nichts zu tun.

Aber noch ein Weiteres kommt hinzu! Nicht jeder stirbt an dem Ort, wo er seinen Wohnsitz hat. Dabei wird nicht gedacht an die Personen, die der Tod unterwirft auf Reisen oder in der Sommerfrische erteilt, sondern vielmehr an die Personen, die auf dem Lande oder in kleinen Städten wohnen und von so schweren Krankheiten heimgesucht sind, die eine Aufnahme in Krankenhäusern und Kliniken erforderlich machen. Größere, für die Aufnahme von solchen Personen vor allem in Frage kommende Krankenanstalten befinden sich aber zumeist nur in Groß- und Mittelstädten. Da nun stets ein größerer Prozentsatz dieser ortsfremden Kranken, die fast durchweg verhältnismäßig schwere Fälle darstellen, im Krankenhaus stirbt, so wird dadurch die Zahl der Todesfälle und damit auch die Sterblichkeitsziffer des betreffenden Ortes erhöht, ohne daß die gesundheitlichen Verhältnisse des Sterbortes für die Entstehung und den Verlauf der Todesursache zugrunde liegenden Krankheit maßgebend wären. In welchem Maße das der Fall sein kann, dafür sei hier ein anschauliches Beispiel gegeben: In Halle an der Saale sind im Jahre 1918 150 000 Einwohner starben im Jahre 1918 etwas mehr als 4000 Personen. Nicht weniger als 950 waren Ortsfremde, die ihren Wohnsitz also nicht in Halle hatten. Das ist etwa der vierte Teil der überhaupt Gestorbenen. Die Sterblichkeitsziffer, aufs Tausend der ansässigen Bevölkerung berechnet, betrug für die Gesamtzahl der Gestorbenen 26,8; für die Gestorbenen ohne die Ortsfremden aber nur 20,6. Die Ortsfremden hoben also die Sterblichkeitsziffer um 6,2 pro Tausend in die Höhe getrieben. Ergebnis dieses Beispiels: Ein Vergleich der Sterblichkeitsziffer zweier Gemeinden, in denen die Quote der gestorbenen Ortsfremden nicht die gleiche ist, kann demnach zu einer einwandfreien Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse nicht führen.

Nun könnte man aber fragen, warum merkt denn die Statistik all jene Todesfälle nicht aus, die in gar keinem Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand des betreffenden Gemeinwesens stehen, und weshalb gibt sie nicht eine Sterblichkeitsziffer, die im Vergleich von Ort zu Ort einen einwandfreien Maßstab für die gesundheitlichen Verhältnisse der betreffenden Gemeinden liefert. Wenn es mit dem Ausmerzen gemacht wäre, dann würde es sicherlich geschehen! Aber der Erreichung dieses Zieles steht folgendes Hemmnis entgegen.

Die Sterblichkeit ist bekanntlich nicht in allen Lebensaltergruppen die gleiche. Am größten ist die Lebensbedrohung vor allem in dem ersten Kindesalter und dann in den höchsten Altersgruppen. Außerdem bestehen noch Verschiedenheiten der Sterblichkeitsverhältnisse bei den beiden Geschlechtern. Denn in fast allen Altersklassen ist die Lebensgefährdung des männlichen Geschlechts größer als die des weiblichen. So ist denn die Zusammenfassung der Bevölkerung nach Alter- und Geschlecht einen maßgebenden Einfluß auf die Höhe der Sterblichkeit aus. Und da diese Zusammenfassung von Stadt zu Stadt recht unterschiedlich sein kann und es vielfach auch ist, so kann beispielsweise eine in diesem Sinne günstige Mieberung der Bevölkerung einer Gemeinde trotz schlechter hygienischer und gesundheitlicher Verhältnisse eine niedrige Sterblichkeitsziffer bedingen, während im umgekehrten Falle in einer anderen Gemeinde bei einem im allgemeinen ausgezeichneten Gesundheitszustand doch eine hohe Sterblichkeit zu verzeichnen ist. Es dürfen demnach aus der verschiedenen Höhe der Sterblichkeitsziffern verschiedener Städte durch interlokalen Vergleich keine Schlüsse auf den Gesundheitszustand im einzelnen gezogen werden, sofern nicht die vorher erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, und sofern nicht die Zusammenfassung der Bevölkerung als gleichartig bekannt ist.

Anderes steht es jedoch mit einer fortlaufenden Beobachtung der Sterblichkeit von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat oder von Woche zu Woche für ein in sich im allgemeinen gleichbleibendes Gebiet. Hier fallen die angezogenen Bedenken in mehr oder weniger hohem Grade weg. Die Zahl der gestorbenen Ortsfremden wird beispielsweise nur geringen Schwankungen unterworfen sein. Auch die Zusammenfassung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht wird sich, wenn nicht besondere außergewöhnliche Einwirkungen stattfinden, nur unwesentlich ändern. So kann unbedenklich aus dem Steigen oder Fallen der Sterblichkeit während einer bestimmten Beobachtungszeit mancher Einblick auf eine Besserung oder Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse gewonnen werden.

Vom Vorstand des deutschen Städtebundes.

DZ. In der Vorstandssitzung in Berlin am 18. Oktober wurde die von Jahr zu Jahr hrennender werdende Wohnungsfrage, die gegenwärtig wieder alle politischen Körperschaften lebhaft beschäftigt, auf das eingehendste erörtert und eine Entschiedenheit gefaßt, des Inhaltes:

Wenn die zur Milderung der Wohnungsnot dringende nötige Neubautätigkeit zu Beginn des Jahres 1922 einsetzen soll, ist es unbedingt nötig, daß unter Zurückstellung der sonstigen Probleme des Wohnungswesens, vor allem die Finanzierungsfrage in kürzester Zeit gelöst wird, damit alle Vorbereitungen richtig getroffen werden können. Die bisherige Lösung der Finanzierungsfrage ist gänzlich ungenügend, es bedarf viel großer Mittel, um auch nur den allerdingendsten Bedürfnissen gerecht zu werden. Das Reichswohnungsbaugesetz weist den einzig möglichen Weg, wie die notwendigen öffentlichen Mittel zur Förderung der Neubautätigkeit gewonnen werden können. Jedoch müssen die Abgabefähigkeit ganz wesentlich gesteigert werden und zwar so, daß daraus die Kapitalaufwendungen für die notwendigen Neubauten, nicht bloß der Zins-

und Tilgungsdienst befristet werden können. Die mit solcher Regelung verbundene Verteuerung der Wohnungsmieten mit ihren Folgewirkungen auf allgemein wirtschaftlichem Gebiete muß, da ein anderer Weg zur Bekämpfung der Wohnungsnot nicht gegeben ist, als unabwendbar mit in den Kauf genommen werden. — Den Gemeinden, die die entscheidenden Träger der Wohnungsförderung sind, muß die notwendige Bewegungsfreiheit unter Verzicht auf unnötige Zentralisation und Bürokratisierung eingeräumt werden. Ferner muß mehr als es bisher in einzelnen Ländern der Fall war, der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die größte Wohnungsnot in den Städten, vor allem den großen, und nicht auf dem Lande besteht, es darf die Bekämpfung der gegenwärtigen dringenden Not in den Städten nicht dem an sich durchaus nicht zu unterschätzenden Zukunftsideal ländlicher Siedelung zum Opfer gebracht werden.

Politische Neuigkeiten.

Dr. Wirth mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

* Der Reichspräsident Ebert hat gestern nachmittag an den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth ein Schreiben gerichtet, in dem er feststellt, daß er in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler seit Wochen sich unangenehm bemüht habe, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen, in der Überzeugung, daß die großen Aufgaben, die Deutschland auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik harren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können. Die Entscheidung der Vorkonferenz in der oberösterreichischen Frage habe zweifellos die Erreichung des erstrebten Zieles erheblich erschwert. Nach dem Hinweis darauf, daß die außenpolitische Lage die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht, fährt der Brief wörtlich fort:

„In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie Herr Reichskanzler, die bringende Bitte, Ihre mir gegebene Abfage zurückzugeben und unter Antanstellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Tatkraft und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellten Aufgabe sowie dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann.“

Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechungen mit den Mitgliedern des bisherigen Kabinetts aufgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Heintze zugezogen. Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des heutigen Vormittags zustande kommt, so daß es sich dem Reichstag, der um 1 Uhr zur Plenarsitzung zusammentritt, wird vorstellen können.

Bei den Verhandlungen über die Bildung einer Regierung von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie wurde versucht, eine Einigung auf folgender Formel herbeizuführen: „Rechtsverwahrung Deutschlands gegen die Entscheidung über Oberschlesien in schärfster Form, aber Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen entsprechend den Bestimmungen der Entente.“ Diese Formel lehnte die Volkspartei ab mit der Begründung, daß sie in der Entsendung des Kommissars trotz des gleichzeitigen Protestes eine Annahme der Entscheidung sehe, und die Annahme lehnte die Sozialdemokratie ab. Nachdem der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann in einem besonderen Schreiben den Beschluß der Deutschen Volkspartei dem Reichspräsidenten überreicht hatte, der die Formel über die Entsendung des Kommissars ablehnt, führte der Reichspräsident die

Rabindranath Tagore.

Einen Zyklus von literarischen Vorträgen eröffnete Heinrich Berl, ein junger Literarhistoriker und Kunstschriftsteller, am Samstag abend im Saal der Bierhäuserzeiten vor einer kleinen Zuhörerschaft mit einem beifällig aufgenommenen Vortrag über den indischen Dichter und Denker Rabindranath Tagore. Tagore ist in dem viel lesenden Deutschland mit einem Schlag einer der populärsten, ja vielleicht der populärste Schriftsteller geworden. Immerhin eine recht auffallende Erscheinung. Man kann geradezu von einer Tagore-Mode sprechen. Die Mode wird, wie jede andere Mode, wieder vergehen; was dann nach an Verachtung für den großen Ander übrigbleibt, wird uns deutlicher die bleibenden dichterischen Werte dieses Weltweisen enthüllen und in reinerem Lichte zeigen, wie tief Tagore zur deutschen Seele gesprochen hat, als diese allzu unnatürlich an schwellende Tagoreverhimmelung, die sicherlich nicht bis zum innersten Kern geht und wahr ist. Auch Berl geht schon einen Schritt zu weit; wenn er ihn den indischen Goethe nennt. Die moderne Kunstbetrachtung meint dazu, neu hervortretende Erscheinungen und Persönlichkeiten möglichst rasch durch eine Formel, durch einen Vergleich zu umschreiben. Ein solcher Versuch ist verfrucht und verfehlt nur zu leicht zu falschen Schlüssen, so lange der Künstler noch mitten im Schaffen steht, so lange sein Lebenswerk nicht abgeschlossen. Tagore soll nicht verkleinert werden, aber die Parallele mit Goethe enthält eine Übertreibung, sie ist nur geeignet, die Distanz beider aufzuweisen.

Mit freundschaftlichem Interesse war der Redner den Einflüssen der bengalischen Heimat nachgegangen. Bengalische Landschaft und bengalisches Schrifttum haben tief auf ihn gewirkt und erklären das Kernstück des Dichters mit seinem Heimatboden. Tagores Werk ist Heimatkunst im tiefsten Sinn des Wortes. Aber die in seinem Werk zitternde Seele, die außergewöhnliche Gestaltungskraft, das jubelnde Ja zum Leben und zur Welt, das echt Menschliche darin, das stärkere Sprechen zum Herzen machen seine Dichtung international, stempeln sein Werk zur Weltliteratur. Heute ist Tagore der größte und verehrteste Dichter Bengaliens. Seine Lieder werden durch ganz Indien gesungen. Das europäische

Besprechungen über die Bildung einer neuen Regierung mit den Führern der bisherigen Koalitionsparteien weiter.

Über den Standpunkt der Deutschen Volkspartei zur Regierungsbildung schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“ unter anderem:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in der oberösterreichischen Frage unverändert an dem Standpunkte festgehalten, daß die Entsendung eines Kommissars für die Wirtschaftsverhandlungen nach dem Wortlaut der Entente-Note die Anerkennung der oberösterreichischen Entscheidung in sich schließt und daß daran auch durch eine Rechtsverwahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns solches Land entreißen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufheben, nicht annehmen können. In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigen sich aber in der Behandlung dieser Fragen weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkt entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam in Einmütigkeit zu der Überzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei. Die Fraktion hat in den stattgefundenen Verhandlungen die an sich bedeutsamen Fragen der inneren Politik, die bei einer Koalition zu berücksichtigen waren, nicht vom Standpunkt einseitiger Parteipolitik betrachtet und selbst weitgehende Vorschläge für Besitz- und Spekulationssteuern gemacht. All diese Gesichtspunkte aber müßten zurücktreten, wenn es sich um die oberösterreichische Frage handelt. Hier geht es um mehr als in Spa, hier geht es um mehr als beim Ultimatum, denn jetzt handelt es sich nicht um Kohlenlieferungen oder um Goldlieferungen, sondern es handelt sich um deutsches Volk und deutsches Land. Wenn wir diese Vergeßlichkeit mittelbar oder unmittelbar hinnehmen, dann ist das Ende dessen, was man uns noch weiter an Unrecht und Gewalt antut, nicht abzusehen.“

Der „Vorwärts“ veröffentlicht gestern eine Erklärung der Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Reichspräsidenten vom 24. d. Mts., Hermann Müller, Scheidemann und Weis, in der es heißt:

„Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben in vertraulicher Sitzung ein Verfahren in der oberösterreichischen Frage vorgeschlagen, von dem sie selber als möglich voraussehen, daß es zu neuen Zwangsmaßnahmen der Entente gegen Deutschland führen würde. Sie haben zugleich versucht, sich für ein solches Verfahren durch die übrigen in der Sitzung vertretenen Parteien zu sichern. Diese Deduktion können nicht versprochen werden, da unsere Partei gewissenhafter Weise nicht die Verantwortung für ein Verfahren übernehmen kann, das zwar den Gegnern zu Zwangsmaßnahmen gegen das deutsche Volk provoziert, diesem aber eine Möglichkeit erfolgreicher Abwehr nicht bietet. So wenig unsere Äußerungen die Öffentlichkeit zu scheuen haben, so waren sie doch nicht für diese bestimmt. Interfraktionelle Besprechungen sind vertraulicher Natur. Wir erkläre daher in der Veröffentlichung der Vorgänge in der interfraktionellen Besprechung durch die Deutsche Volkspartei einen von rein parteipolitischen Erwägungen diktierten, die Interessen des Reiches schädigenden Vertrauensbruch.“

Der Ältestenrat des Reichstages hat beschlossen, den Reichstag auf heute Mittwoch 12 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammenzubekommen. Das Plenum selbst wird darüber entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden, oder ob sich der Reichstag vertagen soll.

Die Internierung Erzhöng Karls.

Das Ergebnis der vorgestrigen Beratung der Vertreter der großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, König Karl vorläufig im Kloster Tihany zu internieren. Da er sich bedingungslos ergeben hat, können die bereits gemeldeten Bedingungen die ihn von der ungarischen Regierung gestellt worden sind, als angenommen gelten. „Daily News“ zufolge werden die Alliierten den vormaligen König Karl nach der kanarischen Inseln bringen.

Nach Zerstreung der Auffständischen sind Oberst Lehar und Major Ostenburg in Zibilliebung gefesselt.

Wie die „Voss. Zig.“ aus Prag meldet, wird die kleine Entente ein kurzfristiges Ultimatum an Ungarn richten, in dem u. a. gefordert wird: Karl von Habsburg wird bis zur endgültigen Entscheidung seines Schicksals interniert. Die ungarische Regierung verzichtet in einem Geßel auf jede Re-

haurierung der Habsburger. Die ungarische Armee muß sofort auf das vom Trianoner Friedensvertrag bestimmte Maß reduziert werden. Die ungarische Regierung hat den Kampf gegen die burgenländischen Banden aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß Westungarn an Österreich in dem vom Friedensvertrag festgelegten Ausmaß vorbehaltlos ausgeliefert werde. Die Ausführung aller dieser Maßnahmen wird unter der Kontrolle der kleinen Entente erfolgen.

Reichsberichter Gorthy richtete folgende Proklamation an die ungarische Nation:

Ungarn durchlebte entscheidende Stunden. Gewissenlos Individuen verführten den früheren König Karl, so daß er zwecks Ausübung der Macht überraschenderweise nach Ungarn zurückkehrte, obwohl sie die drohenden Gefahren eines Bürgerkrieges, fremder Besetzung und Vernichtung des Landes vorhersehen mußten. Auf die traditionelle Königstreue des ungarischen Volkes rechnend, wollten sie den Plan durch eine Überraschung durchführen. Dank der freien Nationalarmee und der Mächtigheit des ungarischen Volkes scheiterte der Plan, welcher für Ungarn hätte verhängnisvoll werden können. Viele Irrgefühle lehrten auf die richtige Bahn der Pflichterfüllung zurück und ich drücke den wärmsten Dank und Anerkennung allen denjenigen aus, die neben mir treu aushalten, um das Vaterland zu retten. Besondere Anerkennung gebührt der unmittelbar betroffenen Bevölkerung jenseits der Donau, die Ruhe und Mächtigheit bewahrte, ebenso der Bevölkerung Budapests, namentlich der Arbeiterschaft, deren patriotische Haltung die Sicherung der Ordnung in jeder Weise erleichterte. Ich bin überzeugt, daß unter der Einwirkung der Ereignisse alle Bürger des schmergeprüften Landes die Uneinigkeiten, und das persönliche Masseninteresse zurückstellen und wie ein Mann die Interessen des Landes verteidigen.

Der schweizerische Bundesrat hat heute beschlossen, daß ganze Gefolge von Habsburg auszuweisen. Inbegriffen sind sämtliche Mitglieder der Familie, soweit sie nicht abfolut notwendig sind für die Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben. Es wird vorausichtlich auch eine Dame der Familie in der Schweiz bleiben können. Die Liste der ausgewiesenen Personen wird morgen bekanntgegeben. Es kommen in Betracht: Erzherzog Max, Bischof Dr. Seidl, Oberst Kammerherr Ledeborsky, Flügeladjutant von Sonntag, Hauptmann von Bergmann und Frau, Generaldirektor von Steiner, Baron de Oye und Legationsrat von Glosk.

Zur neuen Verminderung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Im engl. Unterhause fragte der Abgeordnete Kenworthy an, ob die Wirkung der oberösterreichischen Entscheidung hinsichtlich der deutschen Entschädigungszahlungen geprüft worden sei und ob man die Absicht habe, die Entschädigungsfrage nach dem Spruch des Völkerbundsrates wieder zu eröffnen. Der Finanzminister antwortete: Nein, das Ultimatum sei von der deutschen Regierung im vergangenen Mai angenommen worden und habe die automatische Regelung der Schadenersatzfrage ohne irgendwelche Vereinbarungen über die Entscheidung hinsichtlich der Entschädigungszahlungen angeleitet. Der Finanzminister beantwortete eine andere Anfrage dahin, daß er die Absicht habe, den Abgeordneten einen amtlichen Bericht über das zwischen Leuchner und Rathenau in Wiesbaden unterzeichnete Abkommen zu liefern.

Englische Stimmen zur Lage.

Der „Manchester Guardian“ schreibt zu dem Rücktritt der deutschen Regierung, die britische Regierung habe die Forderung Deutschlands nach dem gesamten oberösterreichischen Industriegebiet unterstützt. Wirth habe sich auf die endgültige Anerkennung der deutschen Forderung verlassen. Seine Hoffnung habe sich nicht erfüllt; er sei daher zurückgetreten. Die Regierung Wirths sei von den Alliierten nicht besser behandelt worden, als eine deutsche Regierung behandelt worden wäre, die Ludendorff an der Spitze gehabt und versucht hätte, Kaiser Wilhelm wieder nach Deutschland zu schmuggeln und sich den Reparationszahlungen zu entziehen. Die Besetzung Düsseldorf und anderer deutscher Städte werde aufrecht erhalten.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, der deutschen Republik sei keine Möglichkeit gegeben worden, sich zu festigen und Zufriedenheit zu erzeugen. Der deutschen Republik sei eine unerbittliche Last aufgebürdet worden. Sie sei durch unaufhörlichen Druck fortwährend in den Augen des deutschen Volkes herabgesetzt worden. Die „Westminster Gazette“ fordert eine Erleichterung der Lage für Deutschland durch Abänderung der unwäglichen Reparationsforderungen, da dies die einzige Bürgschaft gegen eine Reaktion von monarchistischer oder auch von revolutionärer Seite sei.

Interesse wurde auf ihn gelenkt, als ihm im Jahre 1913 der Nobelpreis verliehen wurde. Seitdem hat er uns die Dichtung des Ostens vertraut gemacht.

Obwohl Denken und Dichten bei Tagore in eins zusammenfließen und sich nicht von einander trennen lassen, hat der Redner doch aus Gründen der Übersichtlichkeit in seinem ersten Vortrag nur das dichterische Werk Tagores behandelt. Dem nächsten Vortrag bleibt es vorbehalten, uns Tagore, den Denker, näher zu bringen. Der Redner besprach zunächst die Gedichtsammlungen. Die Zeit der schwersten seelischen Erschütterungen durch den Verlust seiner nächsten Familienangehörigen hat Tagore zum Dichter gemacht. „Diese Zeit des Todes“, sagt Tagore selbst, „war ein Segen für mich.“ Reifer und innerlicher als je hat damals Tagore zu leben angefangen. Daraus zeugen die besonders schönen Totenlieder. Zu den gedanktiefsten Sammlungen gehören ferner: Der Gärtner, Frühjahrs, Der zunehmende Mond.

Von seinen Dramen sind in Deutschland nur einige bekannt und zur Aufführung gebracht worden. Der Frühlingkreis ist das Drama der Jugendbewegung. Der Akt zeigt mit seiner Lebensbejahung Tagores Hinauswachen über den Buddhismus, in „Hidra“ löst er das Problem der Geschlechter. Der König der dunkeln Kammern, das reifte Bühnenwerk Tagores, hat das Verhältnis der Menschen zu Gott zum Thema. In all seinen Werken ist nicht der Stoff die Hauptsache, sondern die dichterische Verarbeitung.

Tagore ist im Grunde eine musikalische Natur. Diese Seite seines Dichtertums kommt am stärksten in seinen Erzählungen zur Geltung. Er ist der geborene Erzähler und viele glauben, daß er auf diesem Gebiet das Beste geleistet hat; alles ist erlebt, quellendes, unmittelbares Leben. Auch mit diesen Werken ist er Brücke zwischen Morgen- und Abendland, und Land und Leute seiner Heimat treten uns Abendlandern deutlich vor die Seele. Das Hauptthema ist die Hin- und Herbewegung. Groß ist seine Kunst der Befestigung der Natur. Zu seinen schönsten, reifsten und tiefinnigsten Erzählungen gehören: Sungribe Steine. Die Gewichte, Wir krönten Dich zum König. In all diesen Werken wird Tagore zum eigenartigen Mittler morgenländischen Den-

tens. Aus dem Einzelschicksal wächst seine Dichtung hinaus ins Allgemein-Menschliche. Seine Menschen sind somit Träger eines ewigen Weltwesens.

Heinrich Berl gelang es, durch verständige Analysen, durch zahlreiche Zitate aus den Werken, durch Vergleiche und Einbeziehungen verwandter Dichternaturen ein Interesse wecken des Bild dieser angehenden Dichtererscheinung zu geben. Sein nächster Vortrag dürfte das Gemälde vertiefen und abrunden.

Der Heliand.

Don Will Scheller.

Dieser Titel „Heliand“ ist nur eine Wutmahung der Historiker, die dem überlieferten Dichtwerk, das nun einmal so genannt wird, doch einen Namen geben mußten. Aber ungeachtet der nicht zu lösenden Frage, ob auch der unbekannte Autor sein Werk so überlieferten hatte, trifft die gebräuchliche Benennung das Wesen des Inhalts; dieses deutsche Gedicht aus dem 9. Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung ist eine Darstellung des Lebens und der Lehre Christi von der Art, wie sie unter dem Kennwort „Evangelienharmonie“ zahlreiche Bearbeitungen gefunden hat. Das erste Werk dieser Gattung, von dem eben hier die Rede ist, weil es (im Insel-Verlag zu Leipzig) eine buchtchnische musterartige Neuausgabe durch Andreas Heuser erfahren hat, ist zunächst insofern bedeutungsvoll, als es das älteste Dokument größeren Umfangs über die Verbindung des germanischen mit dem christlichen Geiste darstellt.

Wir schwer ursprünglich diese Verbindung gewesen ist, geht aus der literarischen Eigenart des Werkes weiterhin hervor. Es lehnt sich zwar eng an die Überlieferung an; aber das Besondere ist, daß es sich dabei der Formen der alten heidnischen Epik bedient. Der Dichter beherrscht diese Formen aber nicht nur äußerlich. Schaffler hat in volkstümlicher Weise dargelegt, wie im „Heliand“ gleichsam alles auf deutsches Gebiet übertragen ist. Christus erscheint nicht als der milde Verkündiger der Caritas, sondern als Gefolgsherr und König, der Land und Burg unter sich hat, als fähiger, weit berühmter Held; um ihn scharen sich die Krieger als treues Gefolge edel geborener Männer, die Geschenke von ihrem Herzog erhalten,

Kurze polit. Nachrichten.

Das neue Berliner Stadtparlament, Der Berliner Stadtparlamentwahlaußschuß stellte gestern das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenwahl fest. Danach werden die drei sozialistischen Parteien 110 Mandate, die bürgerlichen Parteien 115 Mandate erhalten.

Der Ausverkauf im Westen. Die der Berliner Lokalanzeiger aus Mainz meldet, nehmen die Aufkäufe durch valutarstarke Ausländer im besetzten Rheinland einen folgerschweren Umfang an. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat daher eine Polizeiverordnung über die Beschränkung des Kleinhandelsverkaufs an Ausländer erlassen.

Badische Uebersicht.

Statistisches zu den Landtagswahlen.

St. L.-A. Der Aufmarsch der Parteien zu den badischen Landtagswahlen am 30. Oktober 1921 ist beendet. Von 9 Parteien und Interessengruppen sind Wahlvorschläge zugelassen worden. Den 7 politischen Parteien, welche schon zu den Reichstagswahlen am 6. Juni v. J. in Baden aufgetreten waren, sind 2 wirtschaftliche Interessengruppen, der Badische Landbund und die Wirtschaftliche Vereinigung, hinzugekommen. Diese Wirtschaftsguppen haben sich also von den politischen Parteien abgetrennt und beanspruchen Sondervertretung im badischen Landtag.

Die politischen Parteien gliedern sich in je 2 rechtsstehende (Deutschnationale Volkspartei und Deutsche liberale Volkspartei) und linksstehende (Zentrums- und Deutsche demokratische Partei) und in die 3 sozialistischen Parteien (Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten). In den badischen Landtag, der in der Landtagsperiode 1919/21 nur aus Vertretern von 4 politischen Parteien (Deutschnationalen, Zentrum, Demokraten u. Mehrheitssozialdemokraten) zusammengesetzt war, werden voraussichtlich Abgeordnete weiterer 5 Parteien und Interessengruppen einziehen.

Die 9 Parteien und Gruppen hatten in den 7 badischen Landtagswahlkreisen mit (7 x 9 =) 63 Kreiswahlvorschlägen auftreten können. Nur die Wirtschaftliche Vereinigung ist in 2 Wahlkreisen (I und II), der Badische Landbund im VI. Wahlkreis mit Wahlvorschlägen nicht vertreten, so daß die Gesamtzahl der zugelassenen Kreiswahlvorschläge sich auf 60 beläuft. Diese Kreiswahlvorschläge sind sämtlich an die 9 Landeswahlvorschläge der 9 Parteien und Gruppen angegeschlossen; aus insgesamt 69 Wahlvorschlägen werden somit die Vertreter des badischen Volkes herbeigeführt.

Nicht weniger als 808 Bewerbungen enthalten die Kreiswahlvorschläge, denen weitere 96 Bewerbungen der Landeswahlvorschläge hinzutreten; im ganzen liegen mithin 899 Bewerbungen oder durchschnittlich 13 auf eine Vorschlagsliste vor. Die Zahl der Bewerbungen ist allerdings nicht gleichbedeutend mit der Zahl der Bewerber, weil einzelne Kandidaten in zwei oder mehr Wahlkreisen aufgestellt sind, doch ist ihre Zahl von untergeordneter Bedeutung. In den einzelnen Wahlkreisen schwankt die Zahl der Bewerbungen zwischen 84 im II. Wahlkreis und 132 im V. Wahlkreis. Unter den Parteien und Gruppen entfällt die größte Zahl an Bewerbungen auf die Wahlvorschläge der Zentrumspartei; die 7 Kreiswahlvorschlagslisten des Zentrums enthalten 118, der Landeswahlvorschlag 10, die 8 Zentrumslisten mithin 128 Bewerbungen; auf eine Liste kommen durchschnittlich 16 Bewerbungen. Nur 2 Bewerbungen weniger enthalten die Vorschlagslisten der Sozialdemokratischen Partei, nämlich (116 + 10 =) 126 oder ebenfalls rund 16 durchschnittlich eine sozialdemokratische Liste. Die Deutschnationale Volkspartei hat 107 + 12 =) 119 (auf die Liste durchschnittlich 15), die Deutsche demokratische Partei (100 + 11 =) 111 (14), die Unabhängige sozialdemokratische Partei (96 + 10 =) 106 (13), die Deutsche Volkspartei (83 + 12 =) 95 (12), die Kommunistische Partei (74 + 12 =) 86 (11), der Badische Bauernbund (59 + 7 =) 66 (durchschnittlich 9 auf eine der 7 Listen) und endlich die Wirtschaftliche Vereinigung (50 + 12 =) 62 (durchschnittlich 10 auf eine der 6 Listen) Bewerbungen aufgestellt.

Verhältnismäßig klein ist der Anteil der Frauen an den Bewerbungen. Die 60 Kreiswahlvorschläge enthalten 68, die 9 Landeswahlvorschläge 10 weibliche Bewerber, das ergibt 78 weibliche Kandidaten überhaupt. Auf je 100 Bewerbungen insgesamt sowie in den Kreiswahlvorschlägen kommen somit reichlich 8, auf 100 Bewerbungen der Landeswahlvorschläge rund 10 Frauen. Im V. Wahlkreis sind mit 13 oder 9,5 v. H. zahlenmäßig die meisten Frauen nominiert worden. Immer eine Frauenkandidatur weniger weisen die Wahlkreise VI (12 oder sogar 10,5 v. H.), III (11 oder 8,5 v. H.), IV (10 oder 7,7 v. H.), VII (9 oder 7,4 v. H.) auf. Im I. Wahlkreis sind nur 7 oder 7,6 v. H. Frauen und im II. Wahlkreis ist mit nur 6 oder 7,1 v. H. die kleinste Zahl weiblicher Kandidaten aufgestellt worden.

Der Dichter läßt weg, was germanischen Anschauungen allzu schroff widerspricht, und malt aus, was sich mit der Entfaltung epischer Kunst und germanischer Lieblingsgedanken verträgt. Auch die orientalische Szenerie ist nach Möglichkeit durch die einheimische ersetzt, um der germanischen Phantasie das Verständnis der Geschehnisse zu erleichtern, deren Sinn ebenfalls nach germanischer Art gedeutet wird: der Jünger Kreus bis in den Tod wird, analog dem heidnisch-germanischen Erbes, gewiß, besonders hervorgehoben.

Alles dies geschah jedoch nicht, weil es etwa dem Verfasser unmöglich war, die Verquickung von christlich-theologischer Anschauung mit Nachklängen heidnischer Mythologie zu vermeiden. Diese Verquickung hat er vielmehr bewußt erstrebt, um in Erkenntnis der germanischen Gemütsverfassung die größtmögliche Wirkung hervorzuheben. Denn der „Geliand“ ist ja ein Missionar, ein erster schriftlicher Versuch, das Christentum den alten Deutschen nahezubringen. Solchem Unternehmen mußten Auge Kompromisse opportun erscheinen, und es läßt sich nach dem starken dialektischen Eindruck, den es noch heute, nach mehr als taufend Jahren, macht, annehmen, daß es seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Das Werk, von dem zwei nahezu vollständige Handschriften in München und London aufbewahrt werden, umfaßt etwa 6000 Verse, die in metrischer Hinsicht, trotz vieler Entartungen, besonders für den Gebrauch des Stabreims, lehrreich sind. Im übrigen ist das Gedicht eine Fundgrube für Altertumsforschung; denn es spiegelt das altgermanische Leben in seinen äußeren wie in seinen inneren Formen und hat deshalb nicht nur den Religionshistorikern und Germanisten etwas zu sagen, sondern allen, denen an der Erkenntnis deutschen Wesens überhaupt gelegen ist. Um so erfreulicher wird es, ihm in einem neuen und ansprechenden Gewande zu begegnen, zumal sich der Herausgeber nicht auf einen einfachen Wiedruck der Einreichung beschränkt, sondern diese mit einer instruktiven Einleitung versehen und den Text um die Bruchstücke der altgermanischen Genesis vermehrt hat.

Von den Parteien und Interessengruppen haben heute Wirtschaftsguppen überhaupt keine Frauen in ihre Wahlvorschläge aufgenommen. Weitere Wahlvorschläge ohne weibliche Bewerber haben die Unabhängige sozialdemokratische Partei in 3 Wahlkreisen (I, II, und III), die Zentrumspartei im II. Wahlkreis sowie durch die Landesliste und die Kommunistische Partei im III. Wahlkreis eingereicht. Zahlenmäßig am stärksten sind die Frauen mit (15 + 1 =) 16 oder 12,7 v. H. unter den Bewerbungen der Mehrheitssozialdemokraten vertreten. Demnach haben die Deutschnationalen mit (13 + 2 =) 15 oder 12,6 v. H. die meisten Frauen nominiert; ihnen folgen die Demokraten mit (11 + 2 =) 13 oder 11,7 v. H., die Deutsche liberale Volkspartei mit (9 + 2 =) 11 oder 11,6 v. H., die Kommunistische Partei mit (7 + 2 =) 9 oder 10,5 v. H., das Zentrum mit (8 + 0 =) 8 oder 6,3 v. H. und schließlich die Unabhängigen mit nur (5 + 1 =) 6 oder 5,7 v. H. weiblichen Bewerbern.

Der Badische Landesverein der Kaiser Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden aus dem Feldzug 1870/71

beröffenlicht haben durch seinen Vorsitzenden, Oberamtmann Schable in Karlsruhe, seinen Jahresbericht für das Jahr 1920/21. Danach erhielten im vergangenen Jahr 646 Invaliden und 606 Hinterbliebene Unterstützungen im Gesamtbetrag von 51 838 M. Von dieser Summe haben die Bezirksvereine zusammen 40 228 M., der Zentralfonds des Landesvereins 11 110 M. aufgebracht. Seit Versehen des Landesvereins, d. i. dem Jahre 1871, wurden Unterstützungen im Gesamtbetrag von 2 678 744 M. ausgeteilt. Der Zentralfonds hat sich in diesem Jahre von 42 065 M. auf 31 801 M. gemindert.

Von der Herausgabe eines gedruckten Jahresberichts sieht der Verein der Kostensparnis wegen ab.

Unterstützungsgesuche sind an die Bezirksvereine zu richten.

Der Zentralverband der Unfallverletzten, Witwen u. Waisen Deutschlands, Ortsgruppe Mannheim

hatte die Mitglieder des Gau's Baden zu einer Konferenz nach Mannheim eingeladen. Die Konferenz fand im Eintragslokal statt und war von zahlreichen nordbadischen Ortsgruppen besetzt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand „Die soziale Lage der Rentner“. Die Not, die in diesen Kreisen herrscht, wurde geschildert und gemindert, daß die Organisation in den Oberverwaltungsämtern vertreten ist und dort, wie auch insbesondere im Fürsorgeamt Mannheim durch einen Vertreter mitreden und mitwirken kann. Die Ortsgruppe Mannheim hatte an den Stadtrat eine Eingabe gelangen lassen, um Abgaben billigerer Brennmaterialien und Kleidungsstoffe, die das Fürsorgeamt dahin beantwortet haben soll, es wolle die einzelnen Fälle individuell erörtern. Die Ortsgruppe erwidert darauf, daß es keinen einzigen unter den Anfallrentnern gäbe, der dieser Unterstützung nicht bedürftig und findet es für unerträglich, eine Einzelbehandlung überhaupt nicht zu gebrauchen, sondern allen Anfallrentnern diese Berücksichtigung zuzulassen zu lassen. — Der Zusammenfluß der badischen Ortsgruppen der Organisation wurde beschlossen. Mannheim wurde als Sitz des Vorstandes bestimmt und Herr Karl Scherer zum Gauvorsitzenden gewählt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren. Die Annahme von Ent- und Frachtagungenladungen mit Leitung über Bischofsheim ist gesperrt. Ausgenommen sind: Kartoffeln, lebende Tiere, Befahrungsgut, Holz- und Strohladungen an Reichsverpflegungämtern und an die Firma Robert Weber.

DZ. Die Dyse von Dypau. In einer vom Staatskommissar Ministerialrat Stübel geleiteten Versprechung im badischen Staatskommissariat Ludwigshafen über die noch zu ergreifenden Maßnahmen für Dypau machte ein Direktor der Anilinfabrik die Mitteilung, daß nach einer von zuständiger Seite gemachten Aufstellung, die jedoch doch nicht als abgeschlossen zu betrachten sei, an Orten zu verzeichnen sind: 115 Werksangehörige, 288 Leute fremder Firmen, ferner 28 Leute mit unbekannter Zugehörigkeit, also solche, die nicht identifiziert werden konnten. Als vermisst sind 68 Werksangehörige und 94 Arbeiter fremder Firmen zu betrachten. Davon gehen ab 78, die als unbekannt berichtigt worden sind, so daß im ganzen 501 Leute zu verzeichnen sind, an Vermissten 84 Personen.

Gegen den Brotgetreideverkehr. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung beschloß mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende wilde Preistreibe im Verkehr mit Brotgetreide den Anlauf von Getreide bis auf weiteres einzustellen. — Hierzu erfahren wir, daß die Förderung für bayerisches Weizen auf der Münchener Sonnabend-Produktenbörse teilweise über 600 M. für 100 Kilogramm hinausgingen. Sie haben somit seit 4 Wochen eine Steigerung um mehr als 200 M. erfahren. Nach dem Münchener Produktenbörsenbericht hat der Preis für bayerische Ware eine solche Höhe erreicht, daß norddeutsches Getreide trotz der hohen Fracht wesentlich billiger gekauft werden kann.

DZ. Heibelberg, 24. Okt. Die Mittermaier-Gebärdnisfeier in der Universität am vergangenen Samstag gestaltete sich zu einer erhebenden Kundgebung für den großen Sohn der Ruperto Carola, dem hervorragenden Juristen, Mittermaier, der ein halbes Jahrhundert lang der Universität angehörte. Auch Staatspräsident, Justizminister Trunk hatte sich zu der Feier eingefunden.

DZ. Bruchsal, 25. Okt. Das Landwirtschaftliche Lagerhaus in Bruchsal, eine Bauernvereins-Filiale, die am 23. Oktober ihre Generalversammlung abgehalten hat, schließt dieses Jahr mit einem Gewinn von 10 864 M. ab. Die Zahl der Genossenschaftler ist auf 1384 gestiegen. Nach glatter Abwicklung der Tagesordnung referierte Generaldirektor Engenderfer-Freiburg über die seit einiger Zeit im Vordergrund der Erörterungen stehende Frage „Erfassung der Goldwerte“, sowie über den Plan der Industrie betreffend die Devisenbeschaffung zu Reparationszwecken. Im Anschluß daran gab der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Freiberger von Menzingen, einen Überblick über die neuen Steuern. Dann folgte eine lebhafte Aussprache, die ein günstiges harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Zentrale und örtlichen Organisationen bewies.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Fortschritte der Beleuchtungstechnik. Im Verein deutscher Ingenieure, Bezirksverein Karlsruhe, hielt dieser Tage Herr Dipl.-Ingenieur Paul Sehd, Leuchtschlichter bei Leipzig, einen Vortrag über die Fortschritte der Beleuchtungstechnik. Die Erkenntnis der Vorteile eines richtig gewählten Beleuchtungssystems für Büro-, Arbeitsräume von Fabriken und Werkstätten sowie allgemeiner Platzbeleuchtung hat sich, so führte der Redner aus, erst in jüngerer Zeit ein-

gestellt. Es ist erstaunlich, wieviel und große Fehler durch die Anwendung falscher und ungewöhnlicher Beleuchtungseinrichtungen gemacht wurden und immer noch gemacht werden. Die Vorteile eines guten Beleuchtungssystems sind nach jeder Richtung hin in die Augen springend: Quantitative und qualitative Steigerung der Produktion, größere Sicherheit gegen Unfälle, Hebung des Allgemeinbefindens der Arbeiter durch Wegfall der störenden Lichtstrahlen, damit Hebung der Arbeitslust, weitgehende Verringerung der Erkrankungen des Auges und dauernden Schädigungen des Sehvermögens, Ordnung und Übersichtlichkeit im Betriebe. Einen neuen Fortschritt in der Beleuchtungstechnik bildet die gasgefüllte elektrische Glühlampe, die in Verbindung mit einer zweckentsprechenden Armatur zur Verteilung des Lichtes auf einzelne Arbeitsplätze oder im ganzen Raum allen Bedürfnissen und Anforderungen gerecht wird, ohne daß die Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes darunter zu leiden hätte. In sehr vielen Fällen wird sich sogar bei der besseren und reicheren Beleuchtung eine Ersparnis von Betriebs- und Anlagekosten herausstellen, abgesehen von der Schonung der Arbeitskraft durch eine wohlthuende Beleuchtung. Der Redner gab an Hand von ausgearbeiteten Lichtbildern einen interessanten und lehrreichen Einblick in die verschiedenartigen Ausführungsformen der Lichtverteilung. Die verschiedenen Beleuchtungskurven und Armaturen ließen in anschaulicherweise erkennen, wie durch die Verwendung von Reflektoren oder Anwendung des „halb indirekten“ und ganz indirekten Lichtes eine allen Arbeitsvorgängen entsprechende, einwandfreie und auch künstlerisch sehr befriedigende Beleuchtung sich ermöglichen läßt. Außer den in neuester Zeit immer mehr zur Verwendung kommenden Leuchtstrahlern zur Beleuchtung von Arbeitsplätzen, Schaufenstern und dergl., wobei das Auge vollkommen den störenden Lichtstrahlen entzogen ist, sind bemerkenswert die Breitenstrahler, die das Licht auf eine größere Fläche in viel gleichmäßigerer Verteilung ausstrahlen und sich zur allgemeinen Beleuchtung von Plätzen, Straßen, Industriegelände und Bahnhofsanlagen hervorragend eignen.

Die praktische Lösung der Beleuchtung von Büroräumen, Zeichen- und Hörsälen und dergleichen, durch halb indirektes Licht, wobei ein Teil der Strahlen nach oben gegen die weiße Decke und Wand geworfen wird, sowie die ganz indirekte Beleuchtung, wo sämtliches Licht nur gegen die weiße Decke geworfen wird und sich gleichmäßig im ganzen Raum verteilt, wurde an mehreren Lichtbildern gezeigt. Es wäre zu wünschen, daß die Allgemeinheit, im besonderen alle Handels- und Industriekreise in ihrem eigenen Interesse diesem Gebiete der neueren Beleuchtungstechnik viel mehr Beachtung schenken und nicht an den Vorteilen einer guten, dem Auge wohlthuenden, keine größeren Kosten verursachenden Beleuchtung, die in gesundheitlicher und künstlerischer Hinsicht einwandfrei erscheint, vorbeigehen sollten. Ein Hand in Hand-Arbeiten des Architekten, Gewerbeaufsichtsbeamten, Schulmanns und Arztes, mit dem Beleuchtungsfachmann, wird diesem Ziele zu einem guten Erfolge verhelfen.

Die ausgezeichneten Darlegungen und Lichtbildervorführungen des Vortragenden, fanden ungeteilten Beifall bei den zahlreichen Zuhörern.

Sch. Der Abund und die Einheitsfront der Angestellten. Im kleinen Festhallsaal hielt der Abund am Dienstagabend eine Versammlung ab, um zu der gewollten Einheitsfront der Angestellten Stellung zu nehmen. Herr Müller berichtete über die gefassten Verhandlungen und empfahl folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute Dienstag, den 25. Oktober, in der Festhalle überaus zahlreich versammelten Mitglieder der in der Wfa zusammengeschlossenen Verbände haben den Bericht über den Stand der Feuerungsbewegungen für den Monat Oktober zur Kenntnis genommen.“

Die Versammlung beauftragt, daß die ungewerkschaftliche Taktik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes den Arbeitgeberverbänden es ermöglichte, die Verhandlungen am Samstag resultatlos abzubrechen und dadurch die Interessen der Angestellten aufs Schwerste zu schädigen.“

Die Versammlung lehnt den Wortradikalismus des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes als Bluff und als die Gesamtbewegung der Angestellten in höchstem Maße schädigend ab, beurteilt die völlig unwarren Zeitungsberichte und beauftragt die Wfa-Leitungen: 1. im Interesse der Angestellten bei den außerhalb der Wfa stehenden Arbeitgeberverbänden auf der Grundlage der Oktober-Forderungen nochmals eine Vertiefung zu erzielen, 2. bei Ablehnung der Vorschläge, der Wfa-Leitung freie Hand über die notwendig werdenden weiteren Schritte zu belassen. Im übrigen spricht die Versammlung den leitenden Kollegen der Wfa ihr vollstes Vertrauen aus.“

Die Entschließung wurde einstimmig gebilligt.

Landestheater. Infolge Erkrankungen im Personal kann die Neueinstudierung der Oper „Ranon“ von Massenet, deren Aufführung am nächsten Sonntag stattfinden sollte, nicht aufrecht erhalten bleiben. Dafür gelangt an denselben Abend eine Wiederholung der beliebten Oper „Die Königsinder“ von Humperdinck zur Wiedergabe. Die Partie des Holzhackers hat Hugo Boffin vom Nationaltheater in Mannheim für den erkrankten Herrn Glas übernommen. Die übrige Besetzung bleibt bestehen.

Badische Gemeindegau.

DZ. Offenburg, 25. Okt. Die Milchzentrale wird nun im Wirtschaftsgebäude 2 der Kaserne untergebracht werden. Der aufgestellte Kostenvoranschlag für die bauliche Herstellung beläuft sich auf 80 000 M. Der für den Dampfessel und die Kühlmaschine auf 60 000 M., insgesamt also 140 000 M. Die Milchzentrale soll auch weiterhin als rein städtisches Unternehmen betrieben werden. Aber das obige Projekt soll der Bürgerausschuß Beschluß fassen.

DZ. Furtwangen, 25. Okt. Der Bürgerausschuß stimmte dem Vorschlag des Gemeinderates zu, der die Elektrizitätsversorgung der hinteren Weg, des Schnabel- und Maderstales vorzieht. Die Anlagen werden zum Teil von der mit dem Bau betrauten Gesellschaft aus eigenen Mitteln erstellt. — Infolge der Waffernot wird die Wasserleitung von 8 bis 11 Uhr vormittags abgestellt werden.



7 DZ. Singen, 25. Okt. Aus dem letzten Bericht des Singener Gemeinderates ist ersichtlich, daß mit Ende des Rechnungsjahres 1921 in der Landwirtschaft ein Ueberschuss von 1431,45 Festschickel festgestellt werden mußte. Von der Ueberschuss soll die Hälfte mit rund 700 Festschickel auf den Grundstod und die restlichen 731,45 Festschickel auf die laufende Wirtschaft veranschlagt werden, wenn das Bezirksamt und das Ministerium des Innern ihre Zustimmung hierzu geben.

Zeitschriftenschau.

„Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“. Zeitschrift für persönliche künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk. Mit Schnittmusterbogen. XVII. Jahrgang. Herausgegeben von der Verbestelle für deutsche Frauenkultur, Karlsruhe. Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei Karlsruhe i. B. Bezugspreis jährlich 6 Hefen, 30 M., halbjährlich 15 M., Einzelheft 6 M.

Aus dem Inhalt des Herbst-Hefes: Spiegel, Spiegel an der Wand von G. D. — Kleiderstoffe für Herbst und Winter von G. M. — Die Güte im Herbst von G. M. — Die goldenen zehn Gebote für den im Ausland reisenden Reichsdeutschen von Direktor F. W. Oker. — Gedanken über die Kunst aus Wilhelm Weigands Werken. — Wilhelm Weigand von Dr. W. E. Oftering. — Die Wiener Kunstgewerbetriebe und die Mode von Claire Kofel in Wien. — Kunstgewerbetriebe und deutsche Gewerbechau, München 1922 von Prof. L. Segmiller. — Moderner Schmuck von Prof. L. S. — Vom babilonischen Kunstgewerbe von Prof. Carl He in Karlsruhe. — Gesellen- und Meisterprüfung der Kunstgewerbetriebe. — Das neue Werkbuchs von Prof. L. Segmiller. — Die Frankfurter Messe von G. M. — Albert Segauer-Karlsruhe: Sehn Säge.

— Lang-Literatur von Frau Anna Wintner, Mannheim. — Körperbildung von Eduard Gerwed. — Berliner Modechau. — 33 künstlerische Bildaufnahmen und 5 Schwarzweiß-Bildmungen. — Schnittmusterbogen.

Staatsanzeiger.

Auf Grund der in der Zeit vom 26. September bis 1. Oktober 1921 abgehaltenen außerordentlichen Handelslehrerprüfungen sind folgende Kandidaten für bestanden erklärt worden: 1. Eberhard, Walter, von Wondfeld, Amt Weisheim, 2. Essner, August, von Neckarhausen (Hessen), 3. Feil, Richard, von Nießels (Eifel), 4. Gimpel, Walter, von Stuttgart, 5. Kreis, Edward, von Neilingen, Amt Schwebingen, 6. Kopp, Johann, von Oberebach, Amt Willingen, 7. Müller, Otto, von Mauer, Amt Heidelberg, 8. Nagel, Hermann, von Bretten, 9. Rohrbacher, Hans, von Waldsee, 5. Speyer, 10. Schreiber, Emil, von Burkheim, Amt Weisheim, 11. Stiller, Wilhelm, von Mainz (Hessen), 12. Vogelmann, Wilhelm, von Mannheim, 13. Vogt, Dr. Franz, von Willaringen, Amt Sickingen, 14. Winterhalter, Eugen, von Rutenberg, Amt Neustadt.

Die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter betr. (Verichtigung.)

In der in der „Karlsruher Zeitung“ — Bad. Staatsanzeiger — vom Montag, den 24. d. Mts. Nr. 248 veröffentlichten Bekanntmachung des Oberverwaltungsamtes Mannheim vom 17. d. Mts. ist infolged ein Druckfehler enthalten, als der

durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst für weibliche Beschäftigte unter 14 Jahren im Bezirk Heidelberg unter „b) übrige Gemeinden“ nicht 2500 M., sondern 1500 M. beträgt.

Übersicht über den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter, gültig vom 1. Januar 1922 an:

Bezirk	für männliche			für weibliche		
	unter 14 J.	14 bis 21 J.	über 21 J.	unter 14 J.	14 bis 21 J.	über 21 J.
Bonnendorf	2100	2400	4200	1200	1800	2700
Donauschingen	2100	3300	5100	1200	2400	3600
Engen	2100	3300	5100	1200	2400	3600
Konstanz	2400	3300	5400	1800	2700	4200
Neßkirch	2100	2400	3900	1200	1800	2700
Pfullendorf	2100	2400	3900	1200	1800	2700
Sickingen	2100	3300	5100	1200	2400	3600
St. Blasien	2100	2400	4200	1200	1800	2700
Stodach	2100	2400	4200	1200	1800	2700
Triberg	2100	3300	5400	1200	2400	4200
Überlingen	2100	2400	4200	1200	1800	2700
Willingen	2100	3300	5400	1200	2400	4200
Waldshut	2100	3300	5100	1200	2400	3600

Konstanz, den 6. Oktober 1921.
Bad. Oberverwaltungsamt.
J. A. Kreher.

Amtliche Bekanntmachung.
Die Spätharveste 1921 betr.
Für die Dauer der diesjährigen Spätharveste wird der Mehlpfad für den öffentlichen Fuhrwerksverkehr gesperrt.
Droschken, Autos usw. sind auf der Durlacherallee, entlang dem Bordstein, zwischen Schlachthausstraße und der westlichen Mehlpfadstraße, Hindertwagen, Handkarren sind auf dem Pfad vor der Mehlpfadstraße aufzustellen.
Karlsruhe, den 20. Oktober 1921.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. O. J. 157

Badisches Landestheater.
Donnerstag, 27. Okt. 7 u. 9 Uhr. M. 12.—
1. Vorstellung im Kammer-Spiel-Zyklus.
Uraufführung:
Das Spiel der Schatten.
Ein Spiel in 2 Teilen von Hellmut Unger.

MÖBEL-HAUS 2.511
Ausstellung: Ecke Kaiser- und Douglasstraße (Hauptpost)
Günstige Kaufgelegenheit
für Einzel-Möbel und Zimmer-Einrichtungen
Besichtigen Sie unsere Ausstellung und urteilen Sie!
Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingungen.
Hauptgeschäft: Philippstr. 19
GEBRÜDER KARRER

Grundstücks-Zwangsvorsteigerung.
Grundstück: Gemarkung Karlsruhe: Lgb. Nr. 15080: 93 a 57 qm Hofreite mit Gebäuden, Kornweg 15.
Schätzung: 28000 M.
Vorsteigerungstermin: Dienstag, 13. Dezember 1921, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Kaiserstr. 184.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat Karlsruhe, den 22. Oktober 1921.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Französisch (System Ritter) Erfolg verbürgt Auslandspraxis
H. K. Ritter behördl. zugel. Sprachlehrer
Körnerstraße 30 (Probstunden). 2668a

Metallbetten
Etschmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 73 R frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)
Gebrauchter, gut erhaltener
Vielfältigkeitsapparat „Koto“
Modell IV
gebrauchter, gut erhaltener
Schreibmaschine
A. G. O. „Rignon“
wegen Veringerung der Geschäfte preiswert abzugeben.
R. 725
Kommunalverband Weisheim.

Verchiedene Bekanntmachungen.

Bei den Registerakten befindlichen Verzeichnis beschrieben und verzeichnet ist — sowie durch Schenkung, Erbschaft oder mit Rücksicht auf einen Pflichtteil dazu erbt:
Neustadt (Baden), den 18. Oktober 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bei den Registerakten befindlichen Verzeichnis beschrieben und verzeichnet ist — sowie durch Schenkung, Erbschaft oder mit Rücksicht auf einen Pflichtteil dazu erbt:
Neustadt (Baden), den 18. Oktober 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bei den Registerakten befindlichen Verzeichnis beschrieben und verzeichnet ist — sowie durch Schenkung, Erbschaft oder mit Rücksicht auf einen Pflichtteil dazu erbt:
Neustadt (Baden), den 18. Oktober 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bei den Registerakten befindlichen Verzeichnis beschrieben und verzeichnet ist — sowie durch Schenkung, Erbschaft oder mit Rücksicht auf einen Pflichtteil dazu erbt:
Neustadt (Baden), den 18. Oktober 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bei den Registerakten befindlichen Verzeichnis beschrieben und verzeichnet ist — sowie durch Schenkung, Erbschaft oder mit Rücksicht auf einen Pflichtteil dazu erbt:
Neustadt (Baden), den 18. Oktober 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

an dem Vermögen der Frau, Karstadt, 20. Okt. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Schwebingen, 3.484 Güterrechtsregistertrag Bd. II Seite 384: Trautmann, Ernst, Schreiber, in Schwebingen, und Elisabeth Josefa geb. Traut, Vertrag vom 6. Oktober 1921. Gütertrennung. Schwabingen, 18. Oktober 1921. Amtsgericht 2.

Überlingen, 3.448 Güterrechtsregistertrag Bd. II Seite 188: Lang, Adolf, Architekt in Überlingen, und Anna geborene Schab, Vertrag v. 4. Oktober 1921. Allgemeine Gütergemeinschaft. Vorbehaltsgut des Mannes und der Frau ist das in § 2 des Vertrags nebst Anlage näher beschriebene Vermögen und ferner alles, was die Frau während der Ehe noch erwerben wird. Überlingen, 18. Okt. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Willingen, 3.518 In das diesf. Güterrechtsregister Band II S. 263 wurde heute eingetragen: Bierdeloger Friz Stauffert in Willingen, u. dessen Ehefrau Helene Haarer alda, Vertrag v. 26. September 1921, Ertragsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist das in den Registerakten besonders beschriebene Vermögen derselben und alles, was sie künftig noch durch Erbschaft oder Schenkung erwirbt. Willingen, 22. Okt. 1921. Amtsgericht 1.

Neustadt (Baden), 3.497 Zum Güterrechtsregister Band I Seite 267 wurde eingetragen: Höffler, August, Installateur in Sintergarten, und Gilda geb. Senger daselbst. Vertrag vom 1. Oktober 1921, Ertragsgemeinschaft. Als Vorbehaltsgut der Frau wurde erklärt, was diese zur Ehe eingebracht hat — und wie solches im Ehevertrage und in dem diesem angefügten und

Herbstbericht für Baden auf 25. Oktober 1921.

Nach den Berichten der Vertrauensmänner der landwirtschaftlichen Bezirksvereine für Weinbau-Gegenden zusammengestellt durch das badische Statistische Landesamt. Nachdruck erwünscht!

Reborte	Weißwein				Rotwein			
	Ertragsmenge (hl)	Durchschnittliche Menge (hl)	Ertragsmenge (hl)	Durchschnittliche Menge (hl)	Ertragsmenge (hl)	Durchschnittliche Menge (hl)	Ertragsmenge (hl)	Durchschnittliche Menge (hl)
Markgräfler Gegend:								
Wolfenweiler	200	4	800	88-98	1400	gut	wenig	
Dottingen	62	12	744	84-90	1600			
Heitersheim	133	18	2394	65-80	600-800			
Augen	500	10	5000	80-95	1200-1600			
Rausen	200	12	2400	90-100	1400			
Kaiserstuhl:								
Königsbachhausen ¹	140	ca. 7	c.1000	70-80	900	gut	wenig	
Wahlenweiler	200	8	1600	70-80	800-900			
Wahlgen	500	8	4000	70-80	1000			
Freigang:								
Untertottertal	50	4	200	85-105	1600-2000	gut		
Orianau:								
Friesenheim	285	18	5148	79-80	1000	gut	300 hl	
Tiergarten ²	60	4	240	105-125	2800-3000			
Sasbachwalden	130	4	520	90-100	1300		sehr wenig	
Bergstraße:								
Schriesheim	220	ca. 9	2000	80-100	1200	sehr gut	wenig	

¹ Außerdem von 40 Morgen 200 hl Weißherbst (5 hl vom Morgen). Mostgewicht 80-85 Grad, Preis 1000 M. für den hl, wenig mehr veräußert. — ² Außerdem von 100 Morgen 300 hl Weißherbst, Mostgewicht 110-125 Grad, zum Preis von 2400-2700 M., ebenfalls ausverkauft. — ³ Klingelberger und Kleiner. — ⁴ Gemischter Wein.

Karlsruhe, 22. Okt. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.